

# Aktuelle VwGH-Judikatur

Nikolaus Zorn

# Verrechnungskonto bei GmbH

- Zuletzt VwGH 21.10.2015, 2011/13/0096

Frage: War eine Rückzahlung der am Verrechnungskonto ausgewiesenen Beträge von vornherein nicht vorgesehen und ist damit die Verbuchung nur zum Schein erfolgt?

Ist also im Vermögen der GmbH keine durchsetzbare Forderung an die Stelle der „entnommenen“ Beträge getreten?

# Verrechnungskonto bei GmbH

- Verrechnungskonto bildet auch das Tagesgeschäft ab
- Keine Förmlichkeit betreffend Fremdvergleich
- Bonität des Schuldners bzw Sicherheiten können von Bedeutung sein
- Kreditgewährung ohne Bonität als vGA

(zB auch VwGH 26.2.2015, 2012/15/0177)

(vgl auch SWK 2015, 577)

# KESt auf vA

- Für KESt aus vA
- Grundsätzlich Haftung der ausschüttenden GmbH

VwGH 28.5.2015, Ro 2014/15/0046

# Verdecktes Stammkapital ??

- Nach VwGH gibt es keine betriebswirtschaftlich „richtige“ Eigenkapitalausstattung
- Daher kann aus „niedriger Kapitalausstattung“ begleitet mit Einlagen stiller Gesellschafter nicht auf verdecktes Stammkapital geschlossen werden
- VwGH 1.9.2015, 2012/15/0234

# Verdecktes Stammkapital ??

- Investoren betrieben ein Hotel in der Rechtsform einer GmbH & atypisch Still
- FA und UFA hatten Rechtsform nicht anerkannt. Sondern verdecktes Stammkapital angenommen, weil Stille im gleichen Verhältnis schon an der GmbH beteiligt waren.
- VwGH: „Auch ist es bei der Rechtsform der GmbH & (atypisch) Still geradezu üblich, dass sich ein Großteil des (steuerlichen) Eigenkapitals nicht in der GmbH, sondern in der Personengesellschaft befindet.“
- VwGH: diese Rechtsform ist anzuerkennen. Auch Rangrücktrittserklärung der Stillen ist unschädlich.

# Evidenzkonto nach § 4 Abs 12 EStG

- Betriebseinbringung in bestehende eigene GmbH: steuerlich Buchwerte, unternehmensrechtlich Aufwertung
- Auf das Evidenzkonto nach § 4 Abs 12 EStG können nur steuerliche Werte kommen
- VwGH 1. 9. 2015, Ro 2014/15/0002

# UmgrstG, unrichtige Stichtagsbilanz

- A GmbH & atypisch Still
- Zum 31.8. Verschmelzung A GmbH auf B AG
- Somit B AG & atypisch Still
- Zum 1.9. brachten die meisten atypisch Stillen ihren Mitunternehmeranteil in die B AG ein
- Stichtagsbilanz und Einbringungsbilanz zum 1.9. lagen vor, aber mit Werten vom 31.8.



# UmgrstG, unrichtige Stichtagsbilanz

- FA und UFS: Gewinnrealisierung
- VwGH 29.1.2015, 2011/15/0169:
- Art III UmgrStG erfüllt;
- Unrichtigkeiten der Stichtagsbilanz sind zu berichtigen (§ 4 Abs 2 EStG).

# UmgrStG, Einbringung ohne Stichtagsbilanz

- Architekt brachte sein EU zum 31.8. ohne Kapitalerhöhung in seine GmbH ein
- Rechtzeitige Anzeige an das FA, aber ohne Stichtagsbilanz, nur mit einer Einbringungsbilanz
- Folge: Volle Gewinnrealisierung??

# UmgrStG, Einbringung ohne Stichtagsbilanz

VwGH 26.2.2015, Ro 2014/15/0041:

Art III UmgrStG voll anwendbar,

Jedenfalls bei Einbringung eines EU sind aus der Einbringungsbilanz alle erforderlichen Daten ableitbar.

# Rückstellungen

- Kosten für Abtragung einer Schiliftanlage und Rekultivierung: Ansammlungsrückstellung

VwGH 30.4.2015, 2011/15/0198

- Keine Rückstellung für Patronatserklärung im Konzern gegenüber Tochtergesellschaft, weil Einlagencharakter:

VwGH 22. 10. 2015, Ro 2014/15/0049

# Entgangener Gewinn wegen Katastrophe

- Schäden im Forst in NÖ nach Grundsätzen des KatastrophenfondsG anteilig abgegolten.
- Auch künftig entgehender Gewinn
- VwGH: einkommensteuerlich befreit wegen Hilfebedürftigkeit, § 3 Abs 1 Z 3 lit a EStG
- VwGH 30. 6. 2015, 2013/15/,0149,

# Aufteilung Grundstückskaufpreis

- Kaufvertrag über Grundstücke a, b, c in einem einheitlichen Vertrag; laut Vertrag 60% des Preises auf GSt a (im Jahr 2005)
- Hauptwohnsitzbefreiung nur für GSt a
- Vorbringen: Aufteilung im Vertrag ist Scheingeschäft; in Wahrheit 98% Kaufpreis auf GSt a
- VwGH: 16.9.2015, Ro 2014/13/0008Stets **objektives Wertverhältnis** maßgeblich, um einen Gesamtpreis aufzuteilen

# Gebäudeabriss

- GmbH kauf ein Grundstück, das mit noch verwendbarem Gebäude bebaut ist
- **Gleich danach** Abriss des Gebäudes  
VwGH 27.11.2014, 2011/15/0088 und  
VwGH 28.5.2015, 2012/15/0104:
- Aufteilung des Kaufpreises nach objektiven Werten; **Buchwert Gebäude** und Abrisskosten als **Betriebsausgaben**.

# Wirtschaftliches Eigentum

- zB VwGH 28.5.2015, 2013/15/0135
- VwGH 30.9.2015, 2012/15/0180
- Grundsätzlich beim zivilrechtlichen Eigentum  
Wirtschaft. Eigentum braucht jedenfalls auch:  
Chance der Wertsteigerung und Risiko der  
Wertminderung

Wirtschaftlicher Eigentümer ist derjenige, den  
**letztlich dann die ImmoESt** trifft



# Betriebsaufgabe durch GmbH- Geschäftsführer

- Geschäftsführer mit Einkünften nach § 22 Z 2 EStG ist selbständig
- Bei Einstellung der Tätigkeit Betriebsaufgabe
- Vertraglich war bei Einstellung der Tätigkeit vor 60. Lj eine Kapitalabfindung aus der Pensionsvereinbarung festgelegt
- Betriebsaufgabe: Wechsel von § 4/3 auf § 4/1

VwGH 27.11.2014, 2011/15/0101

# Schuldnachlass für pauschalisierten Landwirt

- Vollpauschalierter Landwirt
- Betriebliche Schuld
- Schuldnachlass durch Bank im Zuge einer Umschuldung, keine außerbetriebliche Veranlassung ersichtlich
- Betrieblich veranlasster Schuldnachlass = Betriebseinnahme, zusätzlich zur Pauschalierung (nicht abpauschaliert)

VwGH 16.12.2015, 2013/15/0148

# Einkünftezurechnung

- 1975: Ehemann kauft Gebäude und vermietet
- 1993: Schenkung an Ehefrau, Vermietung, AfA fikt. AK
- 2007: Schenkung an den Ehemann, Vermietung, fikt AK
- 
- FA und UFS: Rückschenkung als Missbrauch, um AK mehrfach (schnell) abzuschreiben, daher Einkünfte bei Ehefrau
- VwGH 26.11.2015, 2012/15/0152:
  - Aufhebung der BE, weil Thema verfehlt
  - Für die Einkünftezurechnung kommt nicht darauf an, ob Schenkung (wirt. Eigentum) anzuerkennen ist (wäre allenfalls für AfA relevant)

# Einkünftezurechnung

- Entscheidend ist nur, wer tatsächlich durch die Erbringung von Leistungen am Wirtschaftsleben teilgenommen hat
- Die Berufungsinstanz hatte Erhebungen zum einzig entscheidenden Punkt, nämlich der Vorgänge zwischen dem Ehemann und den Mietern, in Verkennung der Rechtslage unterlassen
- Aufhebung wegen Rdl

VwGH 26.11.2015, 2012/15/0152

# Liechtenstein Stiftung

Für Zurechnung der Einkünfte aus dem Kapitalvermögen bei Liechtenstein. Stiftung

- Frage nach Mandatsvertrag wesentlich

- Mandatsvertrag muss rechtsstaatlich nachgewiesen werden

VwGH 25.2.2015, 2011/13/0003

VwGH 25.3.2015, 2012/13/0033

# Ausländischer Gruppenverlust

- § 9 Abs 6 Z 6 KStG idF vor der Novellierung mit BGBl I 2012/22
- Österr. Gruppenträger, Bilanzstichtag 31.1.
- Polnisches Gruppenmitglied, Bilanz 31.12.2004

Fremdwährungsschuld in Drittwährung

Polnische Handelsbilanz:

AK 2003: 11,8 Mio Zloty

31.12.2003: 12,8

31.12.2004 11,0 Mio

Ertrag 2004: 1,8 Mio minderte den großen HB-Verlust

# Ausländischer Gruppenverlust

- Polnischer Auslandsverlust für die österr. Gruppenbesteuerung: Gruppenträger schied aus dem HB-Auslandsverlust den Ertrag von 1,8 Mio aus und vergrößere somit dem Verlust
- FA dagegen
- UFS Stattgabe: Bewertungswahlrecht; für steuerliche Zwecke kann die Schuld bei 11,8 Mio belassen werden

# Ausländischer Gruppenverlust

- VwGH 16.9.2015, 2012/13/0042
- Polnische handelsrechtliche GoB maßgeblich
- Nach polnischen HR Teilwertkorrektur auf 11,0 Mio zwingend
- Österr. Steuerrecht: nur bis zu den Anschaffungskosten
- Daher Ertrag von 1 Mio ansetzen, weiterer Ertrag von 800.000 aus dem polnischen HB-Ergebnis ausscheiden.



# Ausländischer Gruppenverlust

- Verhältnis zur Rsp zu Fremdwährungsverbindlichkeiten österreichischer Gesellschaften?  
zB VwGH 27.8.2008, 2008/15/0127,  
VwSlg 8359 F/2008:
- Gewinnrealisierung erst bei Konvertierung der Schuld in Euro oder bei Rückzahlung
- „Zuschreibungspflicht“ für Verbindlichkeiten?

# Inländische Betriebsstätte des ausländischen Gruppenmitglieds

Hat die ausländische Tochtergesellschaft (Gruppenmitglied) eine inländische Betriebsstätte mit Gewinnen (bzw Beteiligung an österr. KG), so kann sie sich dafür entscheiden, dass österr. Betriebsstättengewinn im österr. Gruppenergebnis besteuert wird.

VwGH 16.9.2015, 2012/13/0060, gestützt auf EuGH 6.9.2012. Philips Electronics (anders noch KStR Rz 1078)

# Personalgestellung Ordensschwwestern

- Orden stellt Ordensschwwestern an GmbH, an welche das Ordensspital ausgelagert worden ist

- Die Gestaltung spricht nicht für einen BgA.

Zweck der Regelung: Wettbewerbsneutralität!

Ordensschwwestern werden vom Orden nicht nach dem Bedarf des Spitals angeworben

VwGH 1.9.2015, 2012/15/0089

# Vorsteuer: gemischte Tätigkeit einer Kammer

- Innung der Wirtschaftskammer führt regelmäßig Modeschauen, Bälle, etc durch, um Öffentlichkeitsarbeit für den Berufsstand zu machen.
- Bei diesen Veranstaltungen führt sie auch entgeltliche Leistungen durch (Werbung gegen Entgelt)
- Nur anteiliger Vorsteuerabzug bei für beide Bereiche verwendete Gegenstände

VwGH 30.6.2015, 2011/15/0163, unter Hinweis aus EuGH VNLTO

# Gesetzesinterpretation

- Finanzamt wendet ein, bei Interpretation des § 11 Abs. 1 Z 4 KStG sei entscheidend, dass der ministeriale Begutachtungsentwurf zum StReformG 2005 noch die Formulierung "Kosten der Fremdfinanzierung" enthalten habe und erst die Regierungsvorlage der BReg stattdessen den Begriff „Zinsen“ verwende. Der Grund für diese Änderung solle der engere Zinsbegriff gewesen sein. Durch diesen Wechsel in der Formulierung komme die Absicht des Gesetzgebers zum Ausdruck. Im Hinblick auf diese Vorgänge der Gesetzesentstehung solle für eine systematische Interpretation der Norm kein Raum bleiben.
- VwGH 27.2.2014, 2011/15/0199: Untersuchungsobjekt ist die Absicht des *Gesetzgebers* (Parlament)

(Frage nach der Wertigkeit der Vorentwürfe vor dem Beschluss der Bundesregierung und der verfassungsrechtlichen Wertigkeit der Stellungnahmen der anderen Player im Vorverfahren)

# § 299 BAO nach EuGH-Urteil?

- IZP war 2005 mit Bescheid festgesetzt
  - dann EuGH 4.12.2008, C-330/07, *Jobra*:  
    Asschluss von im Ausland eingesetzten Wirtschaftsgütern unionsrechtswidrig (Auslandsleasing)
  - dann Aufhebungsantrag nach § 299 BAO, obwohl für Auslandsgüter bisher keine IZP beantragt war
  - FA: Abweisung, UFS: Stattgabe
  - Amtsbeschwerde
  - VwGH 25.11.2015, 2012/13/0117: Aufhebung der BE
  - IZP war bis zur Rechtskraft des KöSt-Bescheides zu beantragen
- Daher: Der IZP-Bescheid aus 2005 war nicht unrichtig, weil kein Antrag für Auslandsgüter vorlag (kein § 299 BAO möglich)

# ImmoESt - kein § 201 BAO

- Begehren Veräußerer von Grundstücken eine Korrektur der einbehaltenen ImmoESt, erfolgt die NUR

im Veranlagungsweg (§ 30b Abs 3 EStG)

VwGH 26.11.2015, Ro 2015/15/0005

# USt-Jahresbescheid

- Ust-Festsetzung durch FA für 1/2014
- Beschwerde an Finanzgericht
- Ust-Jahresveranlagung durch FA?

steht § 300 BAO entgegen?

Nein, Jahresveranlagung möglich; andere Sache

VwGH 22.10.2015, Ro 2015/15/0035



# Wissenschaftspreis nicht steuerbar

- Assistent an der Universität plus Einkünfte nach § 22 EStG aus Literatur und Gutachten
- Jur. Dissertation erhielt mehrere Wissenschaftspreise (ca 17.000 €)
- UFS: Steuerpflicht, § 22, subsidiär § 29 Z 3 EStG
- VwGH 16.12.2015, 2013/15/0150:  
Arbeit an Dissertation bewirkt keine Teilnahme am Wirtschaftsleben; kein Einkunftstatbestand verwirklicht